



FDP

**Fraktion
Region Hannover**

**Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden Dieter Lüddecke
zur Aktuellen Stunde in der Regionsversammlung
am 10.07.2007**

Aktuelle Situation der Jobcenter in der Region Hannover

Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns aus Anlass unklarer Regelungen und Zuständigkeiten in der ARGE auseinandersetzen. Konflikte zwischen dem Führungspersonal über Ausrichtung und Schwerpunkte der Jobcenter wurden bereits in der Vergangenheit öffentlich ausgetragen. Einmal mehr wird hierdurch für uns als FDP-Fraktion die mangelnde Praktikabilität dieses bürokratischen Konstrukts »ARGE« deutlich:

Die ARGE basiert auf einem öffentlich-rechtlichen Vertrag, in dem u.a. festgelegt wurde, dass sie keine Dienstherrnenfähigkeit hat. Folge ist, dass die Mitarbeiter zu unterschiedlichen Konditionen beschäftigt werden, was nicht unbedingt zu deren Motivation beiträgt. Offenbar nicht immer klare Zuständigkeiten in der ARGE führen außerdem zu bürokratischem Mehraufwand. Hier wäre allein aus diesen Gründen das Optionsmodell, das die FDP immer favorisiert hat, mit klaren kommunalen Zuständigkeiten und damit auch kommunaler Verantwortung die bessere Lösung gewesen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das derzeit noch prüft, ob diese Form der Mischverwaltung rechtlich überhaupt zulässig ist, wird erst gegen Ende des Jahres 2007 erwartet. Das hilft uns in der augenblicklichen Diskussion allerdings recht wenig.

Für die FDP-Fraktion ist in der jetzt öffentlich geführten Debatte um die Verlängerung von Zeitverträgen der Mitarbeiter von übergeordneter Bedeutung, die rechtzeitige Bearbeitung und Bewilligung von Leistungen für Hartz-IV-Empfänger und deren Beratung und Vermittlung sicherzustellen. Nur darauf sollte es jetzt ankommen!

Die aktuellen Anschuldigungen und Rücktrittsforderungen an den Geschäftsführer der Jobcenter durch den Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium und auch durch den wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Regionsfraktion sind aus Sicht der FDP nicht Ziel führend und lenken vom eigentlichen Problem, das der Bund zu verantworten hat, ab.

Welche Konsequenzen sind für die Region daraus zu ziehen?

Nach Meinung der FDP-Fraktion kann man das in zwei Punkten zusammenfassen:

Der Konflikt zwischen der Chefin der hannoverschen Arbeitsagentur und dem Chef der Jobcenter der Region Hannover muss schnellstmöglich ausgeräumt werden, auch durch klarere Aufgabenverteilungen in der ARGE, damit die ARGE ihren Aufgaben gerecht werden kann.



Hier ist das Team Recht unserer Regionsverwaltung mit der Überarbeitung des ARGE-Vertrages gefordert und wir erwarten, dass die Region hier gegenüber der Agentur für Arbeit mehr Einfluss und Entscheidungszuständigkeiten innerhalb der ARGE als bisher erhält.

Es muss schnellstmöglich geklärt werden, auf welche Art und Weise Mitarbeiter der ARGE auch wiederholt befristet weiterbeschäftigt werden können, um flexibel auf den Arbeitsanfall innerhalb der ARGE reagieren zu können, z. B. über Ausnahmegenehmigungen nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz. Hierbei sollten alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Gegenseitige Schuldzuweisungen lösen den Konflikt nicht, im Gegenteil, sie verschärfen ihn. Das gilt auch für die nicht begründeten Forderungen nach Ablösung von Herrn Heidorn. Wir hoffen als FDP-Fraktion, dass am Ende dieser Debatte alle Beteiligten dies nun wirklich begriffen haben.